

# „Mehr Freiheit und weniger Staat“

## Landtagskandidaten erörtern Herausforderungen des Handwerks mit der Bürokratie

Von unserer Mitarbeiterin  
Monika John

**Karlsruhe.** Die Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung ist nicht nur beim Handwerk ein Reizthema. Doch da ganz besonders. Schließlich streben mehr als 50 Prozent der Schulabgänger eine akademische Ausbildung an. Welches Potenzial bleibt für die duale Ausbildung im Handwerk übrig? Soll das Handwerk mehr Werbung treiben, intensivere Kooperationen mit Schulen eingehen oder verursacht die aktuelle Schulpolitik das Dilemma? Darüber diskutierten die Landtagskandidaten von CDU, FDP, Grüne, SPD und Die Linke aus Stadt und Land, die der Einladung von Kreishandwerkerschaft Karlsruhe, Unternehmerkreis Handwerk Karlsruhe sowie den Unternehmerfrauen im Handwerk Karlsruhe und Bruchsal gefolgt waren.

Moderiert von BNN-Redakteur Matthias Kuld, befeuerten nicht nur die Kandidaten die Diskussion. Auch das Publikum hatte gegen Ende der zweistündigen Veranstaltung Gelegenheit, sich seine Probleme von der Seele zu reden. Die Kandidatin der Grünen, Gabi Aumann, Bruchsal, sowie Meri Uhlig (SPD Karlsruhe) stehen hinter der Bildungsreform ihrer Regierung. Falls einiges zu schnell gegangen sei, so ließe sich das im Dialog klären, sagte Uhlig. Sie brach eine Lanze für die Gemeinschaftsschule. Aumann meinte, diese sei wichtig, damit die Schule im Dorf bleibe. Uhlig warf ein, dass Pisa bewiesen habe, dass das vorherige Schulsystem nicht viel getaugt habe. Katrin Schütz (CDU Karlsruhe) will keine neuen Gemeinschaftsschulen. Im Übrigen sollten die Schulabschlüsse vergleichbar sein. Das sei derzeit nicht gewährleistet. „Wir bekennen uns zum beruflichen System, zu Realschule und zum Gymnasium“, unterstrich sie. Allerdings solle den



**DISKUSSION MIT DEM HANDWERK:** von links Hendrik Dörr (FDP), Meri Uhlig (SPD), Sabine Skubsch (Die Linke), Gabi Aumann (Grüne), Katrin Schütz (CDU) und Kreishandwerksmeister Frank Zöller.  
Foto: John

Gymnasien G 8 oder G 9 freigestellt werden. „Kinder sind keine Versuchskaninchen“, betonte sie. FDP-Kandidat Hendrik Dörr (Karlsruhe) bejaht das pluralistische Schulsystem. Gut heißt er die Wahlfreiheit und die Anerkennung beruflicher Bildung. Sabine Skubsch (Die Linke, Karlsruhe) forderte Bildungsgerechtigkeit besonders mit Blick auf die Schwachen in der Gesellschaft.

Heiße Diskussionen gab es auch beim Thema Bürokratieabbau, um die Betriebe zu entlasten. Einig waren sich alle darin, dass die Rahmenbedingungen für die Betriebe verbessert werden sollen. Beim Thema Flüchtlinge zeigte es sich,

dass Handwerker kein Problem damit haben, Migranten im Praktikum den Mindestlohn auszuzahlen. Da jedoch die Sprachprobleme sehr viel Aufwand mit sich brächten, wünschen sich die Betriebe eine Förderung oder Zuschüsse.

Zur Sprache kam auch der flächendeckende Breitbandausbau. Im ländlichen Raum behindern langsame Internetverbindungen die Arbeit des Handwerks. Kreishandwerksmeister Frank Zöller wünscht sich am Ende „etwas mehr Freiheit für alle und etwas weniger Staat. Das täte uns allen gut.“ Damit schloss er die gut besuchte Veranstaltung.